



6. November 2006 - 13:26

SGB-Kongress zu soziale Sicherheit und Service Public

SGB-Kongress zu soziale Sicherheit und Service Public

BERN - Arbeit, Arbeitsbedingungen, und Mindestlöhne, soziale Sicherheit und Service Public stehen im Zentrum des Kongresses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) vom 9. bis 11. November in Bern. Mit drei Programmen gibt sich der SGB politische Leitlinien für die nächsten vier Jahre.

Das Positionspapier zum Thema Arbeit verlangt die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, faire Löhne und Arbeitsbedingungen, gleiche Chancen und Rechte für den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie ein Recht auf Bildung. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes stellten in Bern die Positionspapier-Entwürfe den Medien vor.

Bei den Löhnen sicherten nicht alle Gesamtarbeitsverträge den vom SGB geforderten Mindeststandard, heisst es im Papier. Verlangt werden 13 Monatslöhne à 3500 Franken respektive 4000 Franken für ausgebildete, erfahrene Beschäftigte. 7 Prozent der Beschäftigten verdienten 2004 weniger als 3500 Franken im Monat.

Weiter will sich der SGB für Höchstarbeitszeiten, planbare Arbeitszeiten und mehr Lehrstellen einsetzen. Es gelte, den derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung für soziale Fortschritte zu nützen, sagte SGB-Präsident Paul Rechsteiner.

Das Programm "Soziale Sicherheit für alle" fordert neue und starke soziale Rechte für alle, vom Jugend- bis zum Rentenalter. Um die Folgen der langen Wirtschaftskrise der zu bewältigen und neue Risiken aufzufangen, müsse die Gesetzgebung ausgebaut und angepasst werden.

Das dritte Papier verlangt eine am Gemeinwohl orientierte Service-public-Politik. Über ihre Infrastruktur- und Eignerpolitik soll die öffentliche Hand Wirtschaft und Wachstum mitbestimmen. Die Entstaatlichung öffentlicher Dienste habe sich fast überall als ineffizient und sozial ungerecht erwiesen, schrieb der SGB dazu.

URL dieses Artikels: <http://194.6.181.127/ger/swissinfo.html?siteSect=105&sid=7229909>